

## Neuordnung der atlantischen Beziehung?

Aus europäischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2003

Ronja Kempin / Benjamin Schreer / Tanja Thiede

Der Irakkrieg hat weitreichende Fragen nach der Zukunft sowohl der transatlantischen Beziehungen als auch der europäischen Sicherheitsbeziehungen aufgeworfen, die auch die Diskussion in europäischen Fachzeitschriften im zweiten Halbjahr 2003 prägten. Dabei ging es neben der Zukunft der deutschen Außenpolitik auch um neue Ansätze in der euro-amerikanischen Partnerschaft.

Hat die Bundesrepublik die Außenpolitik, die sie braucht? Zu einer pessimistischen Antwort kommt **Hanns W. Maull**, Professor an der Universität Trier, in einem Beitrag in *Internationale Politik*. Das Versagen deutscher Außenpolitik in der Irakkrise durch die frühzeitige unilaterale, nicht mit den europäischen Partnern abgestimmte Festlegung auf eine Oppositionshaltung reflektiere die erodierende Gestaltungsmacht Berlins. Das Nein zum Irakkrieg sei keinesfalls eine Wiederkehr deutscher Außenpolitik auf die Bühne der relevanten Akteure gewesen. Vielmehr verliere sie aufgrund fehlender Konzepte an Kohärenz und Konsistenz.

Der Irakkrieg ist für Maull dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer längerfristigen Krise deutscher Außenpolitik, ausgelöst durch eine »systematische Rückstufung der Außenpolitik auf der politischen Prioritätenskala«. Bereits unter der Vorgängerregierung Kohl habe sich die deutsche Außenpolitik nicht durch Innovation oder Normalisierung ausgezeichnet, sondern

durch »bröckelnde Kontinuität und lähmende Unbeweglichkeit, unterbrochen von ein paar Befreiungsschlägen«. Die Liste der gegenwärtigen Mängel reiche von »inhaltlichen oder institutionellen Pseudolösungen« wie der zögerlichen Bundeswehrreform und dem unzureichenden Beitrag im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), einer politischen »Vernachlässigung« der wichtigsten bilateralen Beziehungen, mit der Folge einer wachsenden Distanz zu Washington und Paris, bis hin zu schlechtem Management und Stil in der Außenpolitik, der geprägt ist von dem Hang zu »kessen Formulierungen«, in Verbindung mit taktischem Ungeschick, mangelnder Ausdauer und geringem Stehvermögen.

Drei Faktoren seien hauptverantwortlich für diese Misere. Erstens die strategischen Veränderungen in der internationalen Politik, auf die Berlin mit außenpolitischer Orientierungslosigkeit reagiere. Zweitens führten innergesellschaftliche Probleme

wie die Schwäche der deutschen Wirtschaft zu einem Verlust an ›soft power‹ und damit zu schwindendem internationalem Einfluß. Drittens verlören die »überkommenen normativen Leitlinien deutscher Außenpolitik« aufgrund neuer internationaler Rahmenbedingungen an Überzeugungskraft und Bindewirkung.

Ziel deutscher Außenpolitik müsse es sein, schnell wieder an Gestaltungsfähigkeit zu gewinnen. Dies sei zum einen möglich durch die Unterstützung einer zu bildenden »Kernkoalition«, die zur Führung einer effektiven europäischen Außenpolitik unerlässlich sei. Zum anderen müsse eine »konfliktfähige Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit« im transatlantischen Verhältnis wiederhergestellt werden. Die längst überfällige innenpolitische Grundsatzdiskussion über die Bedeutung der Außenpolitik müsse endlich geführt werden.

Im Gegensatz zu Maulls Kritik steht die an gleicher Stelle veröffentlichte optimistischere Einschätzung deutscher Außenpolitik von **Wilfried von Bredow**, Professor an der Universität Marburg. Er konstatiert eine veränderte Gestalt der deutschen Außenpolitik – neue Erfahrungen in der internationalen Politik kristallisierten sich »in einem langsamen, aber stetig vorangehenden Prozeß zu neuen Maßstäben« heraus.

Ursache dieser positiven Entwicklung sei ein dynamischer »Prozeß wechselseitiger Anpassung und Einwirkung, der sich sowohl auf der internationalen wie auf der innenpolitischen Bühne vollzieht«. Festzustellen sei eine »Renaissance eines Werte und Normen betonenden Außenpolitikdiskurses«, die unter anderem gestützt werde durch eine fortschreitende Europäisierung. Die deutsche Außenpolitik habe sich seit der Vereinigung auf die veränderten internationalen Rahmenbedingungen eingestellt. Lob erhält diesbezüglich die amtierende rot-grüne Bundesregierung für die »zielgerichtete« Forcierung dieser Neujustierung.

Dabei habe der Kosovokonflikt 1999 einen ersten »Entwicklungsschub« in der deutschen Außenpolitik ausgelöst, in dessen Folge der Ausbau der ESVP nachhaltig vorangetrieben worden sei. Ein zweites katalytisches Moment sei der Irakkrieg und die damit verbundene innerwestliche Krise gewesen. Wie auch immer man zur deutschen Haltung in dieser Frage stehe: eine handlungsfähige EU sei Voraussetzung, um die nationalen Interessen Deutschlands zu verwirklichen. Von Bredow registriert eine deutsche Meinungsführerschaft im »sogenannten Finalitätsdiskurs« der EU sowie eine Neubelebung des deutsch-französischen Verhältnisses im Zuge der Irakkrise. Diese Belebung voranzubringen, ohne sich dabei von Großbritannien zu entfernen, wird als vordringliche Aufgabe deutscher Außenpolitik diagnostiziert. Hinsichtlich der USA regt Bredow einen »neuen Leitfaden« für die euro-amerikanischen Beziehungen an, in »Konkurrenz zu Frankreich und in Abgrenzung zu Großbritannien«. Deutschland komme hier nicht um eine Führungsrolle herum. Ein »proaktiver Multilateralismus« sei die Grundformel zur Umsetzung beider Ziele. Klar bestimmt ist aus Bredows Sicht jedenfalls die weltpolitische Rolle Deutschlands: »Mittelmacht in der Spitzengruppe der Mittelmächte.«

### **Neugründung der transatlantischen Partnerschaft**

Forderungen nach einer Neugründung der transatlantischen Beziehungen finden sich auch andernorts. **Jean-Yves Haine**, Wissenschaftler am European Union Institute for Security Studies (ISS) in Paris, schreibt in der Zeitschrift *Esprit*, Saddam Hussein habe geschafft, was der Sowjetunion in den 40 Jahren ihrer Existenz nicht gelungen sei: die westliche Welt zu spalten. Für den Irakkrieg habe keine strategische Notwendigkeit bestanden, es sei vielmehr ein »Krieg der Wahl« gewesen. Die Protagonisten des westlichen Bündnisses sahen sich genötigt,

sich zwischen »formeller Opposition« und »feierlichem Anschluß« an die amerikanische Politik zu entscheiden. Auf diese Weise wurde die Irakkrise, die im Vergleich zu den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen von nachrangiger strategischer Bedeutung gewesen sei, zum Spiegelbild sowohl tiefliegender als auch langfristiger Konflikte innerhalb des westlichen Bündnisses, die Haine nachzeichnet. Die Nato könne nur durch eine Neugründung der transatlantischen Partnerschaft vor dem Niedergang bewahrt werden.

Die Chancen für eine erfolgreiche Neugründung dürften jedoch nicht überschätzt werden. Zwar zögen sich Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten seit jeher durch die Geschichte der Nato, doch unterscheidet sich die gegenwärtige von bisherigen Krisen in zweierlei Hinsicht: zum einen stehe erstmals die Nato als *militärisches* Bündnis im Mittelpunkt der Kritik, zum anderen komme diese Kritik vornehmlich aus den USA. Washington kritisiere die unzureichenden militärischen Fähigkeiten der europäischen Nato-Partner und messe Europa seit dem Ende des Kalten Krieges nur noch untergeordnete strategische Bedeutung zu. Doch sieht Haine nicht in dem Machtgefälle den Kerngehalt der Krise. Vielmehr resultiere sie aus den unterschiedlichen Positionen, die die Akteure gegenüber dem internationalen System einnehmen. Während die europäischen Staaten den Status quo zu erhalten versuchten, strebe die Administration in Washington eine Revision der internationalen Sicherheitsarchitektur an. Dabei respektiere sie die Grundprinzipien der Nato – Konsultation und Konsens – nicht länger. Die Marginalisierung der atlantischen Allianz im Feldzug gegen Afghanistan, ihre Spaltung in der Irakkrise sowie die Bildung von Ad-hoc-Koalitionen seien allesamt Phänomene, die mit der bisherigen Praxis der transatlantischen Beziehungen brechen. Zugleich seien sie Ausdruck des neuen, allenfalls instrumentellen amerikanischen Verständnisses der Nato.

Trotz dieser pessimistischen Analyse prognostiziert Haine dennoch kein langsames Siechtum der Nato. Vielmehr sieht er einen Bewußtseinswandel der USA voraus.

Washington werde erkennen, daß es den Krieg gegen den Terror nicht allein gewinnen könne, daß die Bildung von Koalitionen der Willigen mittelfristig in die Isolation führe und daß eine Umwandlung des internationalen Systems nicht ohne Legitimierung, insbesondere durch die Allianzpartner, zu erreichen sei.

Auch **Pierre Hassner**, emeritierter Forschungsdirektor am Centre d'études et de recherches internationales (CERI), wendet sich in *Politique internationale* entschieden gegen eine Auflösung der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Gegenwärtig stünden beide Seiten des Atlantiks vor dem Dilemma, sich entweder für eine Beziehung entscheiden zu müssen, die auf amerikanischem Befehl und europäischem Gehorsam beruhe, oder für eine Beziehung, die auf Opposition und Rivalität gründe. Aus dieser Sackgasse müßten sie schnellstens herauskommen. Alle gegenwärtigen Streitpunkte im transatlantischen Verhältnis könnten einer Lösung zugeführt werden – wenn beide Partner zu einem System der »nicht perfekten Reziprozität« fänden und eine stabilere und systematischere Arbeitsteilung als bisher etablierten.

Hassner wendet sich entschieden gegen Vorstellungen einer multipolaren (Chirac) oder unipolaren (Blair) Welt. Schon im Begriff »Pol« klinge gleichzeitig so Unterschiedliches wie Separation, Gleichwertigkeit und Opposition an. Zudem lägen diese Vorstellungen weder im Interesse Europas noch der USA. Europa werde es noch lange an aktiver militärischer und polizeilicher Macht mangeln. Sollte die Abkehr der USA von der Rolle der wohlwollenden Großmacht in eine Zementierung des »spezifisch amerikanischen Internationalismus« münden, der sowohl in seiner Legitimation als auch in seinen Methoden unilateral ist, würden Tendenzen der Gegenmachtbildung provoziert werden. Den Risiken einer zugleich globalisierten wie fragmen-

tierten Welt könnten dann weder Europa noch die USA erfolgreich begegnen.

Keine guten Aussichten für die Wiederbelebung der euro-amerikanischen Beziehungen sieht **James Thomson**, Präsident der RAND Corporation. In *Survival*, der Zeitschrift des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London, bewertet er die transatlantische Krise während des Irakkonflikts als Ausdruck unterschiedlicher Vorstellungen über vitale Sicherheitsinteressen, über deren Bedrohtheit und über die Rolle militärischer Macht.

Staaten hätten keinesfalls »ewige Verbündete«, sondern lediglich »ewige Interessen«. Seit den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts hätten die USA vier vitale Interessen, die sie notfalls auch militärisch verteidigten: Schutz des amerikanischen Territoriums und der eigenen Bevölkerung; Sicherheit Nordamerikas; Freiheit Europas und Nordostasiens; Sicherung wirtschaftlicher Ressourcen. Während des Kalten Krieges sei die existentielle Bedrohung durch die Sowjetunion das einigende Band des transatlantischen Beziehungsnetzwerks gewesen.

Für die USA diagnostiziert der Autor nun eine »Vektorenverschiebung« der existentiellen Bedrohung. Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hätten die alte Bedrohung durch den Ostblock abgelöst. Weitere militärische Operationen im Nahen und Mittleren Osten bzw. in Nordostasien seien nicht unwahrscheinlich. Eine überwiegende Mehrheit der Europäer teile die amerikanische Bedrohungswahrnehmung jedoch nicht. Große transatlantische Differenzen bestünden hinsichtlich der Anwendung militärischer Macht und der künftigen Weltordnungspolitik. Die sicherheitspolitischen Prämissen der USA auf der einen sowie Deutschlands und Frankreichs auf der anderen Seite seien auseinandergedriftet.

Thompson hält aus all diesen Gründen folgendes Szenario für wahrscheinlich: Sähen die USA künftig vitale Interessen bedroht und existiert keine breite Schnitt-

menge transatlantischer Interessen, würden die USA vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Irak weder die Nato noch die Vereinten Nationen bei ihren Entscheidungen einbeziehen.

Der ehemalige französische Außenminister **Hubert Védrine** äußert in der Zeitschrift *Commentaire* dagegen die Auffassung, daß die gegenwärtigen strategischen Kontroversen zwischen Europa und den USA nicht entscheidend für die Zukunft der euro-amerikanischen Partnerschaft sind. Wichtig sei nicht, welche Szenarien für das internationale System zutreffen würden, ob nun »keine Veränderung«, »fortschreitende Degradierung« oder »kleine Verbesserungen«. Das Schicksal der transatlantischen Partnerschaft entscheide sich an zwei übergeordneten Fragen, die für die Weltgeschichte der nächsten Jahrzehnte zentral sein würden: an der Beziehung zwischen der westlichen und der übrigen Welt sowie an der geo-ökologischen Politik. Demgegenüber seien die gegenwärtigen transatlantischen Streitigkeiten nicht mehr als eine Schimäre.

Der Westen dürfe, so Védrine, nicht länger die Augen davor verschließen, daß sein Versuch scheitern könne, anderen Staaten seine Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu oktroyieren. Dies gelte insbesondere angesichts steigender Bevölkerungszahlen in China, Asien und Afrika. Um der Gefahr der Marginalisierung westlicher Werte entgegenzuwirken, sei es bereits heute dringend geboten, eine wirklich internationale Gemeinschaft zu gründen. Territoriale Kompromisse (Immigration/Bevölkerungswanderung) seien ebenso notwendig wie eine Neuverteilung der Macht in internationalen Organisationen. Die wahren gemeinsamen Werte müßten auf universeller Basis ebenso neu definiert werden wie Regeln zur Umverteilung von Reichtum und Fortschritt. Eine neue transatlantische Gemeinschaft müsse sich über eine gemeinsame Definition ihres Verhältnisses zu anderen Kulturkreisen und Wertvorstellungen konstituieren. Sie habe aber auch die Herausforderungen der Geo-

ökologie zu meistern, die zu bedeutenden demographischen, ökonomischen und damit politischen Veränderungen führen werden. Nur eine vollständig neue, ausgewogene euro-amerikanische Partnerschaft könne eine Antwort auf diese zentralen Fragen geben. Die Welt von morgen sei nur dann lebensfähig, wenn die USA ihre Macht begrenzen, die Europäer ihre eigene endlich annehmen und beide die Bildung neuer Pole in anderen Regionen der Welt zuließen.

### ESVP wohin?

**Jolyon Howorth**, Jean-Monnet-Professor an der University of Bath, fordert eine Neubelebung der britisch-französischen Sicherheitsbeziehungen. Nur so lasse sich verhindern, daß Spannungen zwischen Nato und ESVP langfristig zu einer Belastung für beide Länder werden. In *Survival* stellt er fest, daß die für Fortschritte der ESVP unerlässliche Verteidigungskooperation beider Staaten ins Stocken geraten sei, da sie unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen folgten. Blickt man auf die Jahre seit 1998 zurück, wird laut Howorth erkennbar, daß die tiefe Krise in den Beziehungen während des Irakkriegs nur der Höhepunkt einer sich bereits vorher abzeichnenden Entwicklung gewesen sei.

Schon zwischen 1998 und 2001 sei die britisch-französische Partnerschaft von Ambiguität geprägt gewesen. Fortschritte waren auf den Gipfeltreffen von St. Malo 1998 und Nizza möglich, da sowohl Premierminister Blair wie auch Staatspräsident Chirac die ESVP als politische Priorität betrachtet hätten. Doch sei schon in St. Malo das Dilemma unterschiedlicher Vorstellungen über die Bedeutung und Funktion einer autonom handlungsfähigen ESVP angelegt gewesen. Während London eine gestärkte ESVP als Bedingung für eine dauerhafte Bindung der USA an die atlantische Allianz angesehen hätte, war die ESVP für Paris der erste logische Schritt der EU auf dem Weg zum globalen Akteur.

Diese Ambiguität hätte die beiderseitigen Sicherheitsbeziehungen schon vor dem 11. September 2001 erheblich belastet. Pragmatismus und eine taktisch geprägte Außen- und Sicherheitspolitik Großbritanniens seien in der Frage ESVP auf französische Visionen geprallt: ein Allianzprojekt mit europäischen Instrumenten auf der einen, ein europäisches Projekt mit Nato-Fähigkeiten auf der anderen Seite. Nach dem 11. September 2001 habe die britische Regierung in Anlehnung an die USA die Revitalisierung einer globalen Nato priorisiert, während Paris noch stärker in Richtung ESVP und der Schaffung eines Gegengewichts zu Washington tendiert habe. Der Irakkrieg ließ die Krise zu einem schroffen Gegensatz eskalieren: systematische Gefolgschaft einerseits, systematische Opposition andererseits.

Dabei sei die paradoxe Situation entstanden, daß nicht nur der transatlantischen Allianz, sondern auch der ESVP Schaden zugefügt wurde – entgegen der erklärten Absicht beider Staaten. Die von beiden mit Bedacht gewählte Strategie, die jeweiligen Instrumente für die Einflußnahme auf die amerikanische Politik zu nutzen, konnte somit nicht erfolgreich greifen. Doch habe es Ende 2003 Anzeichen gegeben, daß beide Staaten die Kontraproduktivität ihres Handelns eingesehen hätten und aufeinander zugegangen wären. Eine Überwindung des Irak-Traumas sei dringend erforderlich, denn nur gemeinsam könnten Paris und London ihre transatlantischen und europäischen Ziele erreichen.

Trotz Irakkrise sieht **Alyson J. K. Bailes**, Direktorin des Stockholm Peace Research Institute (SIPRI), für die ESVP im Spannungsverhältnis zur Nato im *International Spectator* eine positive Entwicklungsperspektive. Der Ende der neunziger Jahre neu entdeckte Schwerpunkt Krisenmanagement habe die Möglichkeit eröffnet, Antworten auf bisher offene Fragen der Konzeption einer gemeinsamen Verteidigungsidentität zu finden. Nachteil dieser Entwicklung sei jedoch gewesen, daß die Nato ebenfalls Krisenmanagement betreiben

wollte und die EU Fähigkeiten zu entwickeln begann, bevor sie entschieden habe, wofür sie diese einsetzen wolle. Ein einheitliches Verständnis von europäischer Verteidigungspolitik bestehe bislang nicht. Von den im Konvent lancierten Vorschlägen wäre der einer »Solidaritätsklausel« der vielversprechendste gewesen. Die »strukturierte Zusammenarbeit« jedoch hätte eine Verfestigung der innereuropäischen Trennlinien zur Folge gehabt. Über konzeptionelle Fragen wie die nach der potentiellen geographischen Einflußsphäre der ESVP, der Angemessenheit einer EU-geführten Operation, dem notwendigen Mandat und der Intensität eines Einsatzes sowie den Einsatzbedingungen müsse eine öffentliche, möglicherweise auch schmerzhaft diskussion geführt werden.

Abschließend äußert Bailes die Ansicht, daß der Konflikt zwischen den USA und Europa für die Nato gefährlicher sein dürfte als der innereuropäische für die ESVP. Spätestens nach Aufnahme der Beitrittsländer sei jedoch eine mit der Nato offen konkurrierende ESVP unmöglich geworden. Langfristig allerdings würden die überlappenden Nato- und EU-Mitgliedschaften angesichts des Fehlens einer militärischen Gefährdung in Europa zu der Erkenntnis führen, daß für beide, Nato und ESVP, in Europa kein Raum mehr ist. Aus dieser Perspektive wäre eine EU-basierte Verteidigungsgemeinschaft die logische Nachfolgerin der Nato.

Weniger optimistisch beurteilt Professor **Sten Rynning**, University of Southern Denmark, in *Security Dialogue* die Machbarkeit der ESVP. Ist die EU auf dem Weg zur Bildung einer strategischen Kultur? Was bedeutet dies für die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik? Rynnings Fragestellung erscheint auch insofern relevant, als die kürzlich verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie die Entwicklung einer strategischen Kultur explizit fordert.

Rynning kommt zu dem Schluß, daß es der EU kaum gelingen wird, eine kohärente strategische Kultur als Voraussetzung einer

effektiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Notwendig sei ein gemeinsames Wertesystem, das Konsens über die Anwendung zwingender militärischer Machtmittel herstellt. Die EU könne militärische Macht in der Regel nur im Rahmen der Doktrin des gerechten Krieges einsetzen, das heißt nur bei Bestehen eines völkerrechtlichen Mandats (*jus ad bellum*) und nur in eingeschränktem Maße (*jus in bello*).

Die EU sei damit zwar zur Ausübung struktureller Macht, jedoch nicht zu militärischen Zwangsmaßnahmen befähigt. Letztere erforderten im Interesse der Entscheidungsfindung und Ressourcenzuweisung eine Exekutive, welche die EU nur bei Aufgabe der gegenwärtigen mehrstufigen, komplexen Steuerungsprozesse sowie durch den Aufbau einer »modernen« Schaltzentrale für den Einsatz militärischer Macht ausformen könne. Das Fehlen starker militärischer Kommandostrukturen zur Planung und Durchführung von Einsätzen erschwere militärische Machtdurchsetzung zusätzlich.

Zum anderen sei die EU auf militärische Operationen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus schlecht vorbereitet. Ihre lose Struktur verhindere eine frühzeitige Konsensfindung über etwaige Bedrohungen. Die EU sei noch nicht bereit, ihre Werte notfalls auch mit präemptiven Militärschlägen zu verteidigen. Einer starken europäischen strategischen Kultur – und damit einer effektiven Verteidigungspolitik im oberen Konfliktspektrum – räumt der Autor daher keine Chancen ein.

Rynning schlägt statt dessen vor, daß die EU ihre außenpolitischen Ambitionen auf eine »liberal inspirierte Diplomatie« konzentriert. Ihr Potential für kohärentes Handeln liege in den nicht-militärischen Bereichen, und die Erweiterung auf 25 Mitglieder absorbiere Kräfte für Steuerungsprozesse, die keinesfalls für effektive Kriegführung geeignet sind.

Im Unterschied zu Rynning ist **Mette Eilstrup Sangiovanni** von der Cambridge University weder von der Machbarkeit noch

von der Notwendigkeit einer ESVP überzeugt. Als Reaktion auf den Irakkrieg sei die Diskussion um die ESVP wiederbelebt worden. Im Gegensatz zu vielen überzeugten Europäern wertet sie diese Entwicklung in *Survival* negativ und führt fünf Gegenargumente ins Feld.

Die Europäer könnten es sich finanziell nicht leisten, der ESVP eine tragfähige militärische Basis zu geben, die das Kräftegleichgewicht in der transatlantischen Allianz aus dem Lot bringen würde. Zudem existierten hohe politische und institutionelle Hürden für einen militärischen Einsatz, wie das Erfordernis der Einstimmigkeit bei der Beschlußfassung und das Mandat durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Der Aufbau gemeinsamer militärischer Fähigkeiten sei höchstwahrscheinlich eine Verschwendung von Ressourcen. Eine militärisch schlagkräftigere ESVP würde darüber hinaus weder die vorherrschende transatlantische Lastenverteilung noch die transatlantische Interoperabilität verbessern, da seit dem St. Malo-Gipfel 1998 immer deutlicher eine Distanzierung von der Nato zu beobachten sei und eine Duplizierung von Fähigkeiten der Nato und der EU hingenommen werde. Das Argument der gerechteren militärischen Lastenverteilung ist aus Sicht der Autorin besonders schwach, da es ignoriere, daß bei Einbeziehung der späteren zivilen Wiederaufbaumühungen in einem Krisengebiet wie beispielsweise dem Kosovo die Verteilung der finanziellen Lasten zwischen den USA und Europa sehr wohl ausgeglichen ist. Eine Konzentration auf militärische Mittel des internationalen Krisenmanagements dagegen würde zu einer Verminderung der eigentlichen Stärke der EU führen: dem zivilen Konfliktmanagement. Wer militärische Fähigkeiten ressourcenverschwendend aufbaut, vernachlässige den komparativen Vorteil, den die EU im zivilen Konfliktmanagement besitze.

Letztlich und besonders relevant sei, daß das Streben nach einer militärisch schlagkräftigen ESVP die Vertiefung der EU ge-

fährde. Eine Einigung aller Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames strategisches Konzept oder effektive institutionelle Mechanismen sei in absehbarer Zeit höchst unwahrscheinlich. Institutionelle Mechanismen wie etwa eine verstärkte Zusammenarbeit könnten zu Szenarien führen, in denen eine Gruppe von Mitgliedstaaten – möglicherweise gegen den offenen Widerstand anderer Mitgliedstaaten – EU-Institutionen benutze, um militärische Operationen zu planen und zu unterstützen. Es seien die innereuropäischen Beziehungen, nicht das transatlantische Verhältnis, welche am stärksten durch eine militärisch schlagkräftige ESVP gefährdet würden.

Eilstrup Sangiovanni schlägt als Alternative zum Ausbau der ESVP vor, die komparative Stärke der EU im zivilen Konfliktmanagement zu nutzen und zu steigern. Eine derartig ausgestaltete europäische Säule in der Nato könnte die Allianz stärken, da sie ihr die bisher fehlenden zivilen Fähigkeiten verleihen würde. Außerdem würde die klare Betonung konsensfähiger ziviler Komponenten einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik den politischen Zusammenhalt der Union erhöhen.

## Vorgestellte Aufsätze

**Bailes, Alyson J. K.**, The Institutional Reform of ESDP and Post-Prague NATO, in: *The International Spectator*, 38 (Juli–September 2003) 3, S. 31–46

**Bredow, Wilfried von**, Neue Erfahrungen, neue Maßstäbe. Gestalt und Gestaltungskraft deutscher Außenpolitik, in: *Internationale Politik*, 58 (September 2003) 9, S. 1–11

**Eilstrup Sangiovanni, Mette**, Why a Common Security and Defence Policy Is Bad for Europe, in: *Survival*, 45 (Winter 2003–2004) 4, S. 193–206

**Haine, Jean-Yves**, Otan: l'Alliance superflue?, in: *Esprit*, (August–September 2003) 297, S. 5–22

- Hassner, Pierre**, Europe/Etats-Unis:  
La tentation du divorce, in: Politique internationale, (Sommer 2003) 100, S. 161–176
- Howorth, Jolyon**, France, Britain and the Euro-Atlantic Crisis, in: Survival, 45 (Winter 2003–2004) 4, S. 173–192
- Mauil, Hanns W.**, Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik?, in: Internationale Politik, 58 (September 2003) 9, S. 19–30
- Rynning, Sten**, The European Union: Towards a Strategic Culture?, in: Security Dialogue, 34 (Winter 2003) 4, S. 479–496
- Thomson, James**, US Interests and the Fate of the Alliance, in: Survival, 45 (Winter 2003–2004) 4, S. 207–220
- Védrine, Hubert**, Inquiétudes et divergences occidentales, in: Commentaire, (Winter 2003/2004) 104, S. 853–858

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380